

Stellungnahme des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften

zum Antrag „Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für SEK II jetzt!“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/2576

Impressum

Herausgeber:

DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Otto-Brenner-Str. 1

30159 Hannover

www.niedersachsen.dgb.de

verantwortlich: Danny Schnur

Stand: Juli 2019

Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

- IG Bauen-Agrar-Umwelt
- IG Bergbau, Chemie, Energie
- EVG - Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- IG Metall
- Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
- Gewerkschaft der Polizei
- ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

„Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für SEK II jetzt!“

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung des Niedersächsischen Landtags gibt dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, mit Schreiben vom 09. Mai 2019 Gelegenheit, schriftlich zum Antrag „Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für SEK II jetzt! der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen – Drs. 18/2576 im Niedersächsischen Landtag Stellung zu nehmen.

Vorbemerkung:

Mobilität ist für unsere Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Niedersachsen braucht einen leistungsfähigen ÖPNV – insbesondere in ländlichen Regionen. Der Schüler- und Ausbildungsverkehr bildet hierbei eine wichtige Basis zur Weiterentwicklung der bestehenden Angebote. Gleichzeitig ist er von elementarer Bedeutung, dass jungen Menschen zuverlässig und kostengünstig bzw. kostenlos im Sinne der Lernmittelfreiheit zu ihren Schul- und Ausbildungsorten gelangen können. Die Erreichbarkeit der Ausbildungsorte ist insbesondere für Auszubildende im dualen Ausbildungssystem entscheidend. Im Zweifel entscheiden sich junge Menschen gegen eine Ausbildung und suchen Wege der Weiterqualifizierung in anderen Bildungszweigen. Deshalb ist es wichtig und richtig, im Sinne dieser Zielstellungen für alle Seiten Planungssicherheit zu schaffen. Die Bildung einer eigenständigen Pauschale (1 Euro am Tag/ 365 Euro im Jahr) garantiert die Sicherung und Fortentwicklung der Preisstrukturen im Ausbildungsverkehr und ist verkehrspolitisch bedeutsam.

Angesichts absehbarer gesellschaftlicher und umweltpolitischer Entwicklungen wird der ÖPNV zukünftig noch mehr an Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus, kann durch die Vermeidung emissionsintensiverer Verkehre im großen Umfang auch aktiv zum Klimaschutz beigetragen werden. Für einen zukunftsfähigen, nachhaltigen und leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr müssen allerdings die finanziellen, rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stimmen. Hierbei ist ebenfalls das Land aufgefordert, die Rahmenbedingungen für einen zukunftsfähigen und modernen ÖPNV gleichermaßen mitzugestalten.

„Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für SEK II jetzt!“

Vor diesem Hintergrund nehmen wir zu dem Antrag **„Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für SEK II Jetzt!“** wie folgt Stellung:

Als Deutscher Gewerkschaftsbund unterstützen wir den Antrag zur Ausweitung der kostenlosen Schülerbeförderung für den SEK II als auch für Berufsschülerinnen und Berufsschüler. Darüber hinaus begrüßen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ausdrücklich die Einführung eines kostengünstigen und landesweiten Schülertickets für die einfache Nutzung von Bussen und Bahnen auf dem Schulweg, zur Ausbildung, zum FSJ-Einsatzbetrieb und in der Freizeit. Gleichzeitig weisen wir als DGB mit Blick auf die hohe Bedeutung eines modernen und zukunftsfähigen ÖPNV und die durch das Schülerticket weiter anwachsende Zahl an Fahrgästen in Niedersachsen nochmals darauf hin, dass deutlich mehr in die niedersächsische Infrastruktur des ÖPNV investiert werden muss. Gerade im ländlichen Raum darf sie auf keinen Fall reduziert, sondern muss – im Gegenteil – verstetigt und sinnvoll erweitert werden. Auch sprechen wir uns für vergünstigte bzw. im Sinne der Lernmittelfreiheit kostenlose oder kostengünstige Beförderung des Ausbildungsverkehrs aus. Gerade junge Menschen sind in der dualen Berufsausbildung darauf angewiesen, die Lernorte (Berufsschule und Betrieb) gut und kostengünstig erreichen zu können. Auch stellt sich die Frage, ob weitere Vergünstigungen der Ticketpreise nach sozialen Kriterien nicht angemessen sind, da die Bedeutung von Mobilität für alle Menschen hoch ist.

Aus Sicht des DGB bedeutet das Schülerticket, wie es hier im Antrag skizziert wird,

- 1.) vor allem eine Stärkung der dualen Berufsausbildung durch finanzielle Entlastung der Auszubildenden und ist darüber hinaus ein wichtiger Schritt zur Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wor-

„Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für SEK II jetzt!“

den ist. Die Qualifikationen der Dual-Ausgebildeten sind auf den Arbeitsmärkten sehr gefragt und gelten international als Vorbild.

Dennoch nimmt die duale Ausbildung aktuell Schaden, weil in den letzten Jahren nicht mehr, sondern weniger duale Ausbildungsplätze besetzt wurden. Gerade die Fahrtkosten in einem Flächenland wie Niedersachsen stellen für viele Auszubildenden der dualen Berufsausbildung eine hohe finanzielle Belastung dar. Fast 50 Prozent der Auszubildenden im Baugewerbe gaben im Rahmen einer Umfrage der IG BAU aus dem Jahr 2016 an, dass ihre Berufsschule mehr als 40 km von ihrem Wohnort entfernt liegt, nur bei 12 Prozent der befragten Auszubildenden liegt die Berufsschule wohnortnah. Die Sozialpartner im Baugewerbe erwarten eine staatliche Erstattungsregelung für den Besuch der Berufsschule, mit der die Länder ihren sozialpolitischen Aufgaben gerecht werden. Die durch den Besuch der Berufsschule für eine Ausbildung entstehenden Fahrt- und Unterbringungskosten erreichen - insbesondere durch Schließung von Berufsschulstandorten und immer häufiger Bildung von wohnortfernen Fachklassen - eine Größenordnung, die für die Auszubildenden zunehmend eine unzumutbare finanzielle Belastung darstellt. Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsorganisationen sind es die Länder, die die zusätzliche Kosten für den auswärtigen Berufsschulunterricht zu tragen haben (vgl. Gesetzgebung zu § 64 Abs. 1 Satz 3 SGB III a.F., BT Drs. 16/109). Denn es sind zudem die Länder, die im Rahmen ihrer vom Grundgesetz vorgesehenen „Kulturhoheit“ auch die Verpflichtung zur Teilnahme am Berufsschulunterricht regeln und die Schulstandorte festlegen.

- 2.) das mehr Ausbildungsstellen durch eine bessere Mobilität besetzt werden könnten. Niedersachsen steht nach den Zahlen des Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bei der Angebots-Nachfrage-Relation aus dem Ausbildungsjahr 2018 mit 90,5 (Bund 96,6) an drittletzter Stelle im Bundesvergleich. Das heißt, auf 100 Bewerber*innen entfielen 90,5 Ausbildungsstellen. Auch deshalb müssen zwangsläufig Auszubildende in Niedersachsen oftmals weitere Strecken zu den Lernorten (Betrieb oder Berufsschule) in Kauf nehmen.
- 3.) die Ausweitung der gesellschaftlichen Teilhabe von Azubis. Ein preisgünstiges Schülerticket ermöglicht es Auszubildenden, sich gesellschaftlich, kulturell und auch poli-

„Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für SEK II jetzt!“

tisch besser einzubringen. An viele Stellen sticht hervor, dass Auszubildende insgesamt weniger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe haben als Studierende. Nach einer aktuellen Umfrage des DGB im April 2019 gaben 22 Prozent der Auszubildenden in Niedersachsen an, dass sie allein für den Weg zur Berufsschule 186,76 Euro im Monat bezahlen müssen. Ein Semesterticket für Studierende in Niedersachsen kostet im Vergleich zwischen 13,33 Euro und 21,66 Euro im Monat.

- 4.) Wettbewerbsnachteile für Niedersachsen vermeiden. Viele Bundesländer haben bereits Schüler-oder Auszubildenden-Tickets oder auch deutlich weitergehende Fahrtaariflösungen für junge Menschen eingeführt. Niedersachsen steht hier hinten an. Das bisher beste und am weitreichendste Angebot für junge Menschen gibt es aktuell in Hessen. Berlin und Brandenburg orientieren sich daran. Thüringen und Nordrhein-Westfalen haben ebenfalls ein Azubi-Ticket auf den Weg gebracht. In Sachsen und auch in Bayern zeichnet sich eine baldige Lösung zu Gunsten des sogenannten „Hessen-Modells“ eines für einen Euro am Tag/ 365 Euro im Jahr landesweiten Tickets ab.
- 5.) der Einstieg in die Mobilitätswende. Aufgrund des Klimawandels ist es bereits heute notwendig, ein zukunftsfähiges, breitgefächertes und leistungsfähiges ÖPNV-Netz vorzuhalten. Nur so können die CO₂-Emissionsziele im Verkehrsbereich, die bisher eine große Schwachstelle darstellen, realisiert werden.

Darüber hinaus geben wir folgende Aspekte zu bedenken:

- Da das Schülerticket neben dem Weg zur Schule, Ausbildung und FSJ-Einsatzort auch die Freizeit umfassen soll, muss das Ticket für alle jungen Menschen nutzbar sein, unabhängig wie weit die Wegstrecke Wohnort-Schule ist. Berechtigt sollen dementsprechend alle jungen Menschen, die ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben, ab dem Kilometer Null sein.
- Darüber hinaus soll das Ticket aus Sicht der Gewerkschaften auch für die jungen Menschen nutzbar sein, die zwar nicht in Niedersachsen leben, sich jedoch ihre Be-

„Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für SEK II jetzt!“

rufsschule oder der Ausbildungsbetrieb bzw. der FSJ-Einsatzbetrieb in Niedersachsen befindet.

- Eine umfassende Mobilitätsgarantie während der Ausbildung kann zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung führen und somit dem Fachkräftemangel in vielen Branchen vorbeugen.
- Ebenso stellt sich bei dieser Vorlage die Frage, ob weitere Vergünstigungen der Ticketpreise nach sozialen Kriterien nicht angemessen sind, da die Bedeutung von Mobilität für alle Menschen hoch ist. Es ist zu prüfen, ob ein ähnlicher Rahmen auch im Bereich der Sozialtickets gesetzt werden kann.
- Um einen leistungsfähigen und modernen ÖPNV zu garantieren, muss das Land Niedersachsen mehr eigene Mittel bereitstellen. Eine Finanzierung aus Bundesmitteln ist unzureichend. Der Ausbildungsverkehr ist deshalb nicht aus Regionalisierungsmitteln zu finanzieren sondern aus Landesmitteln. Die freiwerdenden Regionalisierungsmittel müssen für eine Angebots- und Qualitätsverbesserung im ÖPNV eingesetzt werden.
- Da der Ausbildungsverkehr nicht an der Landesgrenze halt macht, sollte darauf hingewirkt werden, dass die Mindesttrabattierung auch für grenzüberschreitende Linienverkehre gilt – gerade weil dies im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit unproblematisch möglich ist.
- Der DGB würde es für wünschenswert erachten, den Begriff des „Schülertickets“ durch Begriffe wie „Junge-Leute-Ticket“ oder „Mobilitätsticket für junge Menschen“ zu ersetzen, so dass sich möglichst alle angesprochenen Personengruppen darin wiederfinden können.